

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Łódź, Piotrkowska 109
Telephon 196-90 — Postfach-Konto 600-844

Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanista 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Rücksichtslose Nichtintervention

Die französische Regierung poht sich der englischen an

Paris, 19. Januar. Die Havas-Agentur will wissen, daß die Politik der französischen Regierung bezüglich der spanischen Geschehnisse unverändert bleiben werde. Die französische Regierung sei bemüht, die volle Identität der Einstellung Englands und Frankreichs in der spanischen Frage aufrechtzuerhalten.

Ueber den Verlauf der gestrigen Kabinettsitzung wird bekannt, daß erst nach längerer und heißer Diskussion der Standpunkt des Außenministers Bonnet auf Beibehaltung der Nichteinmischungspolitik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg eine Mehrheit erhielt. Das Hauptargument des Außenministers war die Anpassung der französischen Politik an die englische. Da die Nachrichten aus London besagten, daß die englische Regierung sich für die Fortführung der „Nichteinmischungspolitik“ ausgesprochen habe, so war diese Frage auch für die Mehrheit der französischen Kabinettsmitglieder entschieden.

Die französische Regierung wird diese ihre Haltung noch vor der Kammer in der außenpolitischen Aussprache zu verteidigen haben. Von den Linksparteien wird weiterhin die Öffnung der französisch-spanischen Grenze verlangt. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aktion fand eine Kundgebung im größten Saal von Paris statt, in der der ehem. sozialdemokratische Ministerpräsident Blum, der Generalsekretär der kommunistischen Partei Thorez, der Gewerkschaftsführer Jouhaux und der radikalsozialistische Abgeordnete Methore die Öffnung der französisch-spanischen Grenze und eine Hilfsaktion für das republikanische Spanien forderten.

Auch die Sowjetunion die „gleiche Politik“ wie bisher.

Paris, 19. Januar. Die „Information“ läßt sich aus Moskau melden, daß die sowjetrussische Regierung beschlossen habe, die gleiche Politik wie bisher gegenüber Spanien beizubehalten. Dieser Beschluß sei parallel zu dem Beschluß der englischen und der französischen Regie-

rung ergriffen worden, die weiterhin bei der „Nichtinterventionspolitik“ bleiben wollen.

Erneute Aufforderung an Premier Chamberlain

London, 19. Januar. Der Oppositionsführer Attlee hat in Beantwortung der Abgabe des Ministerpräsidenten Chamberlain von Mittwoch einen zweiten Brief an Chamberlain gerichtet, in dem er erneut die sofortige Einberufung des Parlaments fordert und seiner Ueberraschung darüber Ausdruck gibt, daß der Ministerpräsident wieder einmal erklärt, daß eine Aenderung der Nichteinmischungspolitik zu einer Ausdehnung des Spanienkrieges führen würde. Am 2. November habe Chamberlain im Unterhaus erklärt, daß die spanische Angelegenheit keine Gefahr mehr für den europäischen Frieden darstelle. Attlee meint dann, es sei unverständlich, wieso die Befestigung Spaniens mit Waffen zu einer Ausdehnung des Konflikts führen würde. Die Lage in Spanien sei jetzt so ernst, daß Hilfsmaßnahmen in großem Umfang erforderlich seien.

Die Internationale für Republik-Spanien

Brüssel, 19. Januar. Die Exekutive der Sozialistischen Internationale forderte auf ihrer Tagung in Brüssel in einer Resolution die Aufhebung der Waffenausfuhrverbote gegen die spanische Regierung. Die Internationale zählte besonders auf die Parteien der durch den italienisch-deutschen Angriff auf Spanien am meisten bedrohten Länder, daß sie in diesem Sinne auf ihre Regierung und die öffentliche Meinung einwirkten. Die spanischen Regierungstruppen müßten sofort und in großem Ausmaß mit Kriegsmaterial versorgt werden. Die Resolution schließt mit den Worten: Alles, absolut alles für die spanische Republik!

Die Kriegslage in Spanien

Salamanca, 19. Januar. Das Hauptquartier der Franco-Armeen meldet, daß die Franco-Truppen in Katalonien außer dem größeren Ort Pons, 65 Kilometer östlich von Lerida, noch einige weitere kleinere Ortschaften besetzten, indem sie um weitere 6 Kilometer vorrückten. Die republikanischen Truppen sollen zahlreiche Tote gehabt haben. Die Franco-Truppen hätten zahlreiche Gefangene gemacht.

Die Radiostation der Franco-Truppen in Burgos berichtet ferner, daß an dem südlichen Frontabschnitt das ungünstige Wetter die Operationen gehemmt habe. Im Abschnitt Limones haben Abteilungen der Franco-Truppen heftige Angriffe des Gegners abgewiesen.

Am mittleren Abschnitt der katalanischen Front befinden sich die Franco-Truppen in einer Entfernung von 12 Kilometer von der Stadt Igualada.

Bilbao, 19. Januar. Im Abschnitt von Cerbera wurde der Ort Montfalso, 18 Kilometer östlich von Cerbera, an der Eisenbahnlinie von Barcelona—Cerbera besetzt. Die südlich von Cerbera operierende Navarra-Armee besetzte einige Ortschaften.

Barcelona, 19. Januar. Nach dem Bericht des Verteidigungsministeriums von der katalanischen Front haben die Regierungstruppen feindliche Angriffe abgewiesen. Der Feind konnte nur einige unbedeutende Fortschritte in den Abschnitten Pons und Pont de Ve-

menta machen. Der Bericht meldet dann von der Estramadura-Front die Besetzung einiger Gebirgshöhen.

Burgos, 19. Januar. Nach einem am Donnerstag spät abends herausgegebenen vorläufigen Bericht des Franco-Hauptquartiers besetzte das Maestrazgo-Korps, das im Abschnitt Cerbera kämpft, bei seinem weiteren Vormarsch den Ort Tarroja, 8 Kilometer nördlich von Cerbera. Die Aragon-Armee, die südlich davon operiert, und zwar in einem Dreieck, das von den Straßen Cerbera—Izualada und Pons—Izualada begrenzt wird, besetzte einige Orte in der Provinz Barcelona.

Im Tarragona-Abschnitt drangen die marokkanischen Truppen längs der Küste weiter vor und besetzten die Orte Salomo (20 Kilometer nordöstlich von Tarragona) und Pira.

An der Front in Andalusien wurden Angriffe der republikanischen Truppen abgewiesen.

Nach einem weiteren Bericht aus Katalonien mußte im nördlichen Kampfabschnitt, nordöstlich von Pons, heftiger Widerstand der republikanischen Truppen überwunden werden. Die Urgel-Armee beherrscht hier die Straße von Igualada, wodurch diese Kreisstadt in eine kritische Lage kommt.

Im Küstenabschnitt Tarragona stehen die Truppen der marokkanischen Armee etwa 5 Kilometer vor der Kreisstadt Vendrell.

Der Kampf um die Pyrenäengrenze

Der Kampf um die Haltung Frankreichs gegenüber Spanien ist nunmehr, nach den eindeutigen Erklärungen Mussolinis, daß seine Truppen auch nach dem Sieg Frankreichs in Spanien zu bleiben gedächten, in eine entscheidende Phase eingetreten. Eine immer größere Anzahl der politischen Führer verlangt, daß Frankreich um jeden Preis einen Sieg der italo-deutsch-faschistischen Koalition verhindere. Raymond Laurent, der frühere Gemeinderatspräsident von Paris, ein katholischer Abgeordneter der Rechten, der soeben von einer Studienreise aus Katalonien zurückkommt, ruft im „Ordre“ aus: „Franco in Barcelona wäre eine schwere Niederlage Frankreichs!“ Der „Populaire“ bringt heute auf der ersten Seite eine Klatschgeschichte: „Die spanische Grenze muß geöffnet werden“ und einen scharfen Artikel Leon Blums zum gleichen Thema, in dem das gleiche Verlangen gestellt wird.

Diese Stellungnahme Blums ist um so bedeutungsvoller, als er eine längere Unterredung mit Daladier hatte, die die innerpolitische Sensation des Tages ist. Trozdem die Beziehungen zwischen beiden Staatsmännern gerade in den letzten Wochen sehr gespannt waren und Blum fast täglich den Rücktritt Daladiers forderte, hat er diesen aufgeschoben, um ihm deutlich zu machen, daß die SFIO ungeachtet ihrer innenpolitischen Opposition die Regierung stützen würde, wenn diese sich gegenüber den italienischen Unbefriedenheiten zu einer energiegelichen Haltung aufrafft. Obwohl über die Details dieser Unterredung wenig bekannt ist, scheidet doch durch, daß die Angebote der SFIO noch viel konkreter waren und weitergehend, wenn Daladier seinen Widerstand gegen die Annahmeforderung aufgab und die spanische Grenze öffnete.

Infolge dieses Besuchs Blums beim Ministerpräsidenten breitet sich eine gewisse Burgfriedensstimmung weitestens im Augenblick aus. Die Sitzung des radikalsozialistischen Parteivorstandes, die heftige innere Auseinandersetzungen bringen sollte, ist infolgedessen jedenfalls viel harmonischer verlaufen als vorauszusehen war und keinesfalls in ein Rehergericht über den linken Flügel der Radikalen ausgeartet. Blums Schritt trägt freilich gewisse innerpolitische Risiken in sich, insofern als er auf einen guten Willen bei Daladier spekuliert, den dieser bisher eigentlich nie so recht gezeigt hat. Aber als moralische Rückenstärkung des Ministerpräsidenten in einem Augenblick, wo Herr Bonnet als alleiniger Vertreter Frankreichs in Genf wer weiß was für Suggestionen preisgegeben ist, dürfte er nützlich gewesen sein.

Wie berechtigt übrigens das Mißtrauen gegen Bonnet ist und wie sehr sich dieser bemüht, den französischen Widerstandswillen aufzuweichen und Frankreich von seinen Freunden zu isolieren, dafür liegt ein neuer Beleg vor: Eine Pariser Zeitung wollte durch eine Umfrage bei den Pariser Vertretern der englisch-amerikanischen großen Presse ihren Lesern ein Bild von den angelsächsischen Meinungen über die kontinental-europäische Politik vermitteln. Bonnet erfuhr davon und bedrohte die angelsächsischen Pressevertreter, wenn sie antworteten. Er ließ ihnen sagen, „sie täten dies auf eigene Gefahr!“ Worauf diese dem Druck nachgaben (was uns angesichts ihrer Stolzlosigkeit namentlich dessen der sonst so auf ihre Unabhängigkeit pochende Amerikaner eigentlich ein bißchen wundern) und die Enquete fiel ins Wasser. Der „Populaire“, der dies berichtet, macht aus seiner Empörung über die Methoden Bonnets kein Hehl. („Berliner Tagwacht“.)

Volksfront in Chile

Kampf dem Faschismus.

Santiago, 19. Januar. Die neugebildete Volksfrontregierung, der sechs Radikale, drei Sozialisten, zwei Demokraten und ein Mitglied der Sozialen Union angehören, hat ihr Werk, faschistische Ansätze im Leben des Landes und im Apparat des Staates zu beseitigen, aufgenommen. Die ersten auf der Tagesordnung der Regierung stehenden Maßnahmen sind: Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, politische Amnestie, Umorganisation der öffentlichen Dienste und Säuberung der Armee und der Polizei von reaktionären Elementen. Eine Anzahl hoher Offiziere, unter ihnen sieben Generale, wurden bereits entlassen. Aenderungen im diplomatischen Korps sind bereits bekannt geworden.

Von der Regierung

Neuer Staatssekretär im Ministerpräsidium.

Am gestrigen Donnerstag fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Slawoj-Skladkowski eine Sitzung des Ministerrats statt, in der eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt wurden.

Es ist zum Brauch geworden, daß fast jede Woche Premierminister Slawoj-Skladkowski und der stellvertretende Premierminister Kwiatkowski dem Staatspräsidenten Mosciak im Beisein des Armeeführers Marschall Kędz-Smigly Bericht über die Regierungsgeschäfte erstatten. Die Angelegenheiten der Außenpolitik werden jedoch in Sonderbesprechungen des Staatspräsidenten und des Marschalls mit dem Außenminister behandelt.

In den nächsten Tagen ist die schon früher angekündigte Ernennung des bisherigen Staatssekretärs im Arbeitsministerium, Jastrzebski, zum Staatssekretär im Ministerpräsidium zu erwarten. Staatssekretär Jastrzebski, der schon früher im Ministerpräsidium tätig war, soll dort die Fragen der Wirtschaftsplanung und der Preiskontrolle bearbeiten. Als sein Nachfolger im Arbeitsministerium ist der jetzige Direktor der Staatlichen Landeswirtschaftsbank, Dr. Garbujinski, in Aussicht genommen.

Wer wird Präsident von Frankreich?

Zwischen dem 5. und 10. April werden Kammer und Senat gemeinsam zur Neuwahl des Präsidenten der Republik zusammentreten. Die Amtsdauer des gegenwärtigen Präsidenten Lebrun läuft am 10. Mai ab. Obwohl in den drei Monaten bis zur Wahl noch alle Kombinationen verschwinden und neue entstehen können, läßt sich doch bereits jetzt ein erster Aufmarsch der möglichen Kandidaturen feststellen.

Lebrun scheint endgültig entschlossen zu sein, keine Wiederwahl zu suchen. Ueber Herriot, von dem vor Jahresfrist noch viel gesprochen wurde, ist es in den letzten Monaten stiller geworden. Seine dritte aufeinanderfolgende Wahl zum Kammerpräsidenten mit einer größeren Mehrheit als in den vorhergehenden Jahren, hat ihn jedoch plötzlich wieder in den Vordergrund gestellt. Es ist sicher, daß sich auf ihn am leichtesten alle fortschrittlichen demokratischen Kräfte des Landes vereinen lassen. Allerdings ist bei der Wahl mit dem reaktionären Gegengewicht der Senatsmehrheit zu rechnen. Der Präsident des Senats, Jeanneret, der als einer der möglichen Kandidaten genannt wurde, soll seinen Rücktritt von diesem Posten angekündigt haben, ebenso Chaumont, der gegenwärtige stellvertretende Ministerpräsident.

Von verschiedenen Seiten sind andere Kandidatennamen genannt worden, von denen jedoch einige, wahrscheinlich die Mehrzahl, nicht ernsthaft in Frage kommen. Unter den Genannten befinden sich: der Vizepräsident des Senats Roy, der ehemalige Kammerpräsident Buisson, der Justizminister Marchandeau, der Vorsitzende der Außenkommission des Senats Berenger, für den vor einigen Wochen eine stärkere Werbekampagne begonnen wurde, und der ehemalige Minister Godard. Und zuletzt heißt es, daß Daladier selbst, wenn er nicht vorher als Ministerpräsident stirbt, der „Kandidat der letzten Stunde“ sein würde.

Internationale Konferenz gefordert

Paris, 19. Januar. Die französische Kammer legte am Donnerstag ihre außenpolitische Aussprache fort.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Planche hob die Notwendigkeit einer internationalen Konferenz hervor, die sich mit der Erzeugung, dem Kolonialproblem, dem Gütertausch und der Währungsfrage zu befassen hätte. Der Rüstungswettlauf könne nicht ewig fortgesetzt werden.

Der radikalsoziale Abgeordnete Elbel trat ebenfalls für eine internationale Konferenz mit einem sehr breiten Rahmen ein. Er wandte sich gegen die Einschränkung der Erzeugung, zumal hunderttausende Menschen Hunger und Elend litten. Die augenblickliche Lage könne nicht weiter bestehen, denn man gehe entweder dem Bankrott oder dem Krieg entgegen und die Völker wollen keinen Krieg.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Jzard verlangte die sofortige Öffnung der Pyrenäen-Grenze zwischen Frankreich und Spanien, während der sozialdemokratische Abgeordnete Bedouce die Teilnahme Frankreichs an der von Präsident Roosevelt vorgeschlagenen Weltfriedenskonferenz forderte.

Gegen 19 Uhr wurde die Sitzung auf Freitag vor-mittag vertagt.

Formeller Rücktritt der slowakischen Landesregierung

Bratislava, 19. Januar. Die slowakische Landesregierung trat heute, nachdem am gestrigen Tage der erste slowakische Landtag eröffnet wurde, zurück. Dieser Rücktritt ist nur ein formeller Vorgang. Der Vorsitzende des Landtags wird in Prag die neue Ministerliste der slowakischen Landesregierung vorlegen.

Der Krieg in China

Schwere Kampfhandlungen an der Zentralfront und an der Kanton-Front

Schanghai, 19. Januar. Nach dem chinesischen Meeresbericht haben die Japaner an der Zentralfront bedeutende Kräfte bei Nohau zusammengezogen und unternehmen einen Vorstoß in südlicher und östlicher Richtung. Japanische Vortruppen, die chinesische Befestigungsanlagen angriffen, wurden mit Verlusten zurückgewiesen. Die Kämpfe in diesem Raum dauern an. Außerdem versuchen die Japaner auch in der Umgebung von Linliana und in der Nähe der Eisenbahnlinie Kinkiang—Nantichang vorzustoßen. Die Brücke bei Kuliang wurde von chinesischen Freischärlern in die Luft gesprengt.

Gleichzeitig hat eine japanische Offensivtruppe im nördlichen Teil der Provinz Hunan eingesetzt, wo die chinesischen Stellungen durch eine japanische Abteilung in der Stärke von 1700 Mann und eine große Anzahl Panzerautos angegriffen wurden.

An der Kanton-Front finden erbitterte Kämpfe längs der Eisenbahnlinie Kanton—Koulung statt. Chinesische Truppen haben die Stadt Schylin eingenommen und bewegen sich auf die Stadt Sinsin. Eine andere chinesische Abteilung hat die Stadt Schylian besetzt. Der Verkehr auf der Koulung-Bahn ist unterbrochen. Die in diesem Abschnitt stehenden japanischen Truppen können keine Verpflegung und Verjorgung erhalten; sie werden daher auf Schiffen in die Fortanlagen Bobta-Tigris geleitet.

30 chinesische Flugzeuge griffen bei Bobta-Tigris die japanischen Truppentransportschiffe mit Bomben an. Zwei japanische Kriegsschiffe und 10 Transportschiffe wurden hierbei versenkt.

Sainju von Flugzeugen bombardiert.

Tokio, 19. Januar. Japanische Flugzeuge bombardierten die Hauptstadt der Provinz Sainju, Sianju. Die Bomben haben bedeutende Zerstörungen verursacht.

Die französische Note an Japan überreicht

Paris, 19. Januar. Die französische Note an die japanische Regierung in Sachen der japanischen Politik in China wurde am Donnerstag in Tokio dem japanischen Außenminister Arita überreicht. Die französische Note ist inhaltlich der englischen und der amerikanischen Note an Japan angepaßt. Die Note hebt hervor, daß die japanischen Ziele in China weit vom Neun-Mächte-Abkommen abweichen. Die französische Regierung lehnt die Anerkennung der einseitigen Kündigung dieses Abkommens durch Japan ab.

London, 19. Januar. Die Reuter-Agentur berichtet, daß die französische Note an Japan nach vorheriger Rücksprache mit der englischen Regierung abgefaßt wurde.

Die Bombenanschläge in England

Nunmehr auch ein Bombenanschlag in Irland Weiterhin fiebrhafte Nachforschungen und Suchaktionen

London, 19. Januar. In der Nacht zum Donnerstag wurde in Tralle, im Südwesten des irischen Freistaates, ein Bombenanschlag auf ein Hotel verübt, in dem der Sohn des Ministerpräsidenten Chamberlain, Frank Neville Chamberlain, abgestiegen war, der zur Zeit auf einem Jagdbesuch in Irland weilte. Der Explosionskörper, von dem später Reste gefunden wurden, bestand aus einer starken Sprengstoffladung mit Zeitzündern. Er war auf der Rückseite des Hotels an einem Toreingang versteckt worden. Durch die Explosion wurde die hintere Front des Hotels beschädigt und viele Fensterheben eingedrückt. Durch die Detonation wurden in den Wohnungen Möbelstücke umgeworfen. Die Polizei glaubt, daß mit dem Attentat nicht nur eine Demonstration beabsichtigt war. Von den Attentätern fehlt jede Spur.

Ferner wurde in der Nähe von St. Helens in der Grafschaft Lancashire am Donnerstag eine Zeitbombe an einem Hochspannungsmast aufgefunden, die nur durch einen Zufall nicht zur Explosion gekommen war, da die auf Zeitzündung eingestellte Uhr vorzeitig stehen blieb.

Die Nachforschungen und Suchaktionen nach den Bombenattentätern werden mit aller Energie von der Polizei fortgeführt. Die Polizei ist der Ansicht, daß sich in London ein Sprengstofflager befindet, von dem aus

die Bomben den Attentätern geliefert werden. Ein großes Polizeiaufgebot sucht dieses Lager. Im Laufe des Donnerstags wurden weitere Wohnungen von Irländern durchsucht.

Alle Schutzmaßnahmen bezüglich der öffentlichen Gebäude und wichtiger gemeinnütziger Betriebe sind aufrechterhalten.

Die im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen genannte „Frische republikanische Armee“ ist im eigentlichen Sinne keine „Armee“, sondern eine geheime nationalistische Organisation. Sie bildete sich aus Kampftruppen gegen die Engländer während des Unabhängigkeitskampfes; später führte sie nach dem Weltkrieg Auseinandersetzungen sehr heftiger Art mit der englischen Polizei und den englischen Truppen und wurde auch nach der Bildung des Freistaates Irland wiederholt wegen ihrer Anschläge in Nordirland genannt. Der irische Freistaat umfaßt bekanntlich nicht die ganze Insel Irland; Nordirland ist vielmehr englische Provinz. Anlässlich des Besuchs des Königsgepaars im Jahre 1937 wurden diesen nationalistischen Freikorpsmännern ebenfalls Anschläge nachgesagt, angeblich, um die Bevölkerung von der Teilnahme der Empfangsfeierlichkeiten abzuhalten.

Eine beruhigende Verlautbarung zu den französischen Flottenmanövern

Paris, 19. Januar. Zu den am gestrigen Mittwoch beginnenden und fast zwei Monate dauernden französischen Flottenmanövern in den nordafrikanischen Gewässern und im Mittelmeer betont eine Havas-Meldung, daß es sich hierbei um die mindestens zweimal jährlich stattfindenden üblichen Manöver handle. Es sei daher nicht richtig, so erklärt die Verlautbarung, diese Übungen mit der Spannung der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien in Zusammenhang zu bringen.

Bezüglich der auf dem Rückweg des Mittelmeergeschwaders vorgesehenen Aufenthalte in den verschiedenen nordafrikanischen Häfen betont die Havas-Agentur, es gelte den nordafrikanischen Bevölkerungen die Flottenstreitkräfte zu zeigen, über die Frankreich verfüge. Dies sei eine Frage des Ansehens zu erhaltenden französischen Prestiges in den Mittelmeerbahnen.

Einigung über die arabischen Forderungen

Die Delegierten reisen Sonntag nach London.

Kairo, 19. Januar. Auf der in Kairo seit Dienstag abgehaltenen arabischen Vorkonferenz, auf der die Mindestforderungen der Palästina-Araber für die Lon-

doner Palästina-Konferenz festzulegen waren, wurde eine Einigung erzielt.

Es kann nunmehr mit der Abfahrt der arabischen Delegierten nach London zur Palästina-Konferenz am Sonntag gerechnet werden. Die offizielle britische Einladung wird für morgen erwartet. Auch die übrigen arabischen Abordnungen werden sich wahrscheinlich am Sonntag mit Schiff oder Flugzeug nach England begeben. Der ägyptische Ministerpräsident wird aus Gesundheitsrücksichten in Kairo bleiben.

Wie verlautet, sind Bestrebungen im Gange, in Kairo eine Aufenthaltserlaubnis für den Mufti von Jerusalem zu erhalten. Diese Bemühungen werden von den Engländern aus ganz bestimmten Gründen unterstützt.

Graf Ciano in Jugoslawien

Rom, 19. Januar. Der italienische Außenminister Graf Ciano traf mit seiner Begleitung heute in Jugoslawien, und zwar auf dem Bahnhof der kleinen Stadt Belk Monastyr ein, und wurde dort vom jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch empfangen. Graf Ciano wird an einer Staatsjagd teilnehmen.

Streit ausdehnung in Burma

London, 19. Januar. Wie aus Rangoon gemeldet wird, hat die Streitwelle in Burma (Indien) ein derartiges Ausmaß angenommen, daß Militär eingekert werden mußte. Am Donnerstag haben sich wieder 1000 Arbeiter der britischen Burma-Delegationsgesellschaft der Streikbewegung angeschlossen.

